

An die neue Bundesregierung: Appell für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik

Mit ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD die Verantwortung für Deutschland ins Zentrum ihres Handelns. **Zum Amtsantritt der Regierung machen 293 Organisationen und Verbände deutlich: Diese Verantwortung muss für alle Menschen in Deutschland gelten.**

Der Wahlkampf war geprägt von einer aufgeheizten Stimmung, die sich vor allem gegen Geflüchtete und Zugewanderte richtete. Das hat sich auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen. Doch die **Ausgrenzung einzelner Gruppen schafft ein Klima der Angst für alle** und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Am Ende nützt das nur den Feinden einer freiheitlichen Demokratie. **Damit muss endlich Schluss sein.**

Zugewanderte und hierher geflüchtete Menschen sind integraler Teil unserer Gesellschaft – sie gehören zu Deutschland. Sie bereichern uns in allen Bereichen, ob in Familie und Freundeskreis, der Nachbarschaft, den Schulen, den Sportvereinen oder den Betrieben. Viele von ihnen leisten jeden Tag unverzichtbare Arbeit – im Einzelhandel, im Krankenhaus, in der Industrie, in der Gastronomie, an Flughäfen, im öffentlichen Nahverkehr oder ehrenamtlich in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen. Für uns ist klar: **Unsere Gesellschaft gewinnt ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte zukommen.**

Nicht Geflüchtete und Zugewanderte spalten unsere Gesellschaft, sondern eine Politik, die sich den strukturellen und sozialen Problemen unseres Landes zu lange nicht konsequent angenommen hat. Die mittlerweile in der Gesellschaft verbreiteten Gefühle von Verunsicherung und Überforderung beim Thema Flucht und Migration werden somit noch verstärkt, anstatt ihnen mit guten Konzepten für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme-, und Integrationspolitik zu begegnen. Für die hohe Belastung von Kommunen und einzelnen Berufsgruppen im Zusammenhang mit Migration werden allein Geflüchtete verantwortlich gemacht, anstatt die tatsächlichen sozialen, politischen und finanziellen Ursachen dieser Belastung anzugehen. **So darf es nicht weitergehen.** Was es jetzt braucht, ist eine Migrationspolitik, die verantwortlich handelt, statt unsere offene und vielfältige Gesellschaft zu gefährden.

Eine solche verantwortungsvolle Migrationspolitik...

- ❖ **... schützt die Rechte der Einzelnen und somit aller – das gilt insbesondere auch für das Recht auf Asyl.** Das Bekenntnis zum Recht auf Asyl im Koalitionsvertrag ist essentiell, reicht aber allein nicht aus. Es muss auch gelebt werden. Zurückweisungen an den Grenzen, Abschiebungen in Krisenländer und eine Beweislastumkehr im Asylverfahren zulasten Geflüchteter sind damit nicht vereinbar.
- ❖ **... nimmt Sorgen und Ängste ernst, ohne sie zu befeuern.** Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Streitbaren Diskussion und verschließt nicht die Augen vor

Herausforderungen. Doch dabei darf die kommende Bundesregierung nicht den humanitären und menschenrechtlichen Kompass verlieren, der Grundlage unseres Zusammenlebens ist.

- ❖ **... fördert die Integration aller Menschen.** Die nächste Bundesregierung sollte Familien Sicherheit bieten, statt mit der Aussetzung des Familiennachzugs Integration zu verhindern. Auch braucht es weiterhin Chancen für diejenigen, die schon lange bei uns sind, weshalb das Erfolgsmodell des Chancen-Aufenthaltsrechts entfristet werden sollte. Für ein freiheitliches Zusammenleben müssen zudem Wege zu sicheren und gleichen Bürgerrechten durch Einbürgerung eröffnet werden, die keine Gruppen ausschließen. Integration darf dabei nicht allein von der Arbeitsmarktintegration abhängig gemacht werden, sondern es muss allen möglich sein, gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.
- ❖ **... investiert in Strukturen für erfolgreiche Integration und Aufnahme.** Die im Koalitionsvertrag benannten Investitionen in die Integrationsstrukturen sind von entscheidender Bedeutung und dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Betreuungsstrukturen sowie Integrations- und weitere Sprachkurse. Integration gelingt vor Ort in den Kommunen – diese müssen daher für ihre Aufgaben effektiv, umfassend und nachhaltig finanziell ausgestattet werden.
- ❖ **... nutzt alle vorhandenen Potentiale.** Angesichts des Fachkräftemangels sollte die Bundesregierung konsequent alle vorhandenen Potentiale von hier ankommenden und lebenden Menschen nutzen und Hürden für Qualifikation und Arbeitsaufnahme abbauen. Hier sind bereits wichtige Schritte im Koalitionsvertrag vereinbart, doch braucht es darüber hinaus einen echten Spurwechsel und den konsequenten Abbau der Arbeitsverbote für alle Geflüchteten. Auch Gruppen wie Alleinerziehende oder Geflüchtete mit Behinderungen müssen beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt werden.
- ❖ **... schaut über den nationalen Tellerrand.** Den weltweit zu beobachtenden autoritären Entwicklungen sollte die neue Bundesregierung mit der Verteidigung einer offenen, liberalen Gesellschaft begegnen, statt die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz durch die Streichung des sogenannten „Verbindungselements“ auf Drittstaaten abzuwälzen oder sich durch fragwürdige Abkommen mit Drittstaaten in politische Abhängigkeiten zu begeben. Sie sollte sich für eine solidarische Verantwortungsteilung im internationalen Flüchtlingsschutz einsetzen und sichere Zugangswege in Form von Resettlement und Aufnahmeprogrammen eröffnen, statt sie zu beenden.

Die unterzeichnenden Verbände leisten täglich ihren Beitrag für eine Gesellschaft, die ihre Stärke aus Offenheit, Vielfalt und der Zusammenarbeit von Menschen verschiedenster Herkunft, Hintergründe und Fähigkeiten gewinnt. Wer die Demokratie verteidigen will, muss

auch die Zivilgesellschaft und insbesondere migrantische Selbstorganisationen achten und stärken.

Daher appellieren wir an die Bundesregierung: Übernehmen Sie Verantwortung für eine offene Gesellschaft! Eine Gesellschaft, in der Einwanderung unterschiedlichster Art als Chance begriffen wird; in der Zugewanderte und Geflüchtete als gleichwertig anerkannt werden; in der Offenheit und Vielfalt als unsere Stärken begriffen werden.

Unterzeichnende Organisationen und Initiativen (Stand 5. Mai 2025, alphabetisch):

Bundesebene (82 Organisationen)

ACAT-Deutschland (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)	Der Kinderschutzbund Bundesverband
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)	Der Paritätische Gesamtverband
Amnesty International Deutschland e.V.	Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e.V.)
Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.	Deutscher Anwaltverein e.V.
Ärzte der Welt e. V.	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. (DBSH)
AWO BUNDESVERBAND e.V.	Deutscher Caritasverband e.V.
BAfF - Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer	Deutscher Frauenrat e. V.
Bike Bridge e.V.	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V..	Diakonie Deutschland
Brot für die Welt	ECCHR - European Center for Constitutional and Human Rights
Brückenwind e.V.	Flüchtlingshilfe Iran e.V
Bund Alevitischer Gemeinden e.V	Forum der Migrant*innen im Paritätischen
Bundes Roma Verband e.V.	FORUM MENSCHENRECHTE. Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen
Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht (BuMF) e.V.	Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.
Bundeskonzferenz der Migrant*innenorganisationen e.V. (BKMO)	Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Bundesnetzwerk Ombudschaft in der Jugendhilfe e. V. (BNO)	Global Citizen
Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine e.V.	GoVolunteer e.V.
Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel - KOK e.V.	Handicap International e.V.
	Humanistische Union e.V.
	Imbuto e.V.
	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA e.V.)

APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

International Rescue Committee (IRC) Deutschland	PRO ASYL Bundesarbeitsgemeinschaft
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V. (IGfH)	Queeraspora e.V.
Internationaler Bund	Reporter ohne Grenzen
IPPNW Deutschland - Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.	Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)
Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland	Roma Center e.V./ Roma Antidiscrimination Network
Jugendliche ohne Grenzen	S.I.G.N.A.L. e.V. - Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt
JUMEN e.V. - Juristische Menschenrechtsarbeit in Deutschland	Save the Children Deutschland e.V.
Kabul Luftbrücke	Sea-Eye e.V.
Kindernothilfe e.V.	Sea-Watch e.V.
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.	Seebrücke
LSVD+ - Verband Queere Vielfalt	SOLWODI Deutschland e.V.
Misereor	SOS Humanity e.V.
Mission Lifeline International e.V.	SOS-Kinderdorf e.V.
Mission Lifeline International e.V.	Teachers for Future Germany e.V.
Moving Cities	Terre des Hommes
NANGADEF e.V.	United4Rescue – Gemeinsam Retten e.V.
National Coalition Deutschland - Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention	Verband afghanischer Organisationen in Deutschland e.V. (VAFO)
Neue Richter*innenvereinigung (NRV)	Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche	Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten e.V. (VdPP)
Pena.ger, die bundesweite Onlineberatungsstelle für Geflüchtete	Vietnamzentrum e.V.
PKD Familiäre Zystennieren e.V.	Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser
	ZuBaKa gGmbH

Landesebene (66 Organisationen)

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.	Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
AWO NRW	kargah e.V.
Ban Ying e.V.	Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V.
BARIS - Leben und Lernen e.V.	Landesjugendwerk der AWO NRW
Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.	Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.
Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS)	Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW e.V.
Caritas in NRW	lifeline Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Condrops e. V.	Loewenherz e.V.
Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e.V.	LSVD+ Verband Queere Vielfalt Sachsen-Anhalt. e.V.
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.	Maassen-Stiftungs-gGmbH
DRK-Landesverband Nordrhein e.V.	MamaKiya e.V.
Eleganz Bildungsplattform e.V.	Migrant Support Network e.V.
Evangelischer Regionalverband Frankfurt und Offenbach, Fachbereich Beratung - Bildung - Jugend	Neumünster Medien e.V.
Feministisches Netzwerk für Gesundheit Berlin	OFFEN! Für eine solidarische Gesellschaft
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg	Paritätische Projekte
Flüchtlingsrat Berlin e.V.	Paritätische Projekte gGmbH Einrichtung Spurwechsel
Flüchtlingsrat Brandenburg	PASSAGE gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration mbH
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.	Pfennigparade Phoenix Schulen und Kitas GmbH
Flüchtlingsrat NRW e.V.	PLANB Ruhr gGmbH
Flüchtlingsrat RLP e.V.	pro familia Hessen
Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.	Refugio München
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.	Refugio Stiftung Schleswig-Holstein
Flüchtlingsrat Thüringen e.V.	Ronahi e.V Bochum
Forum für Interkulturellen Dialog e.V.	Rosa Strippe e.V.
Frankfurter Institut für Interkulturelle Forschung und Beratung e.V.	Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.
HAKI e. V. - Raum für lesbische, schwule, bi*, trans*, inter* und queere Menschen in Schleswig-Holstein	Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Hessischer Flüchtlingsrat	SozDia Stiftung Berlin
IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.	Syrische Gemeinde Schleswig-Holstein (SGS-H) e.V.

APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

Umwelt Technik Soziales e. V.

Verein für soziale Arbeit und Kultur
Südwestfalen e.V.

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen
e.V. (VNB)

Vielfalt im Ruhrgebiet gGmbH

Vietnamesischer Verein Trier u. Umgebung
e.V.

Vincent-Hilfe für Menschen in
Krisensituationen e.V.

Wir packen's an e.V.

XENION - Psychosoziale Hilfen für politisch
Verfolgte e.V.

ZBBS - Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle
für Migrant*innen in Kiel

Zentrum ÜBERLEBEN

Lokale Ebene (145 Organisationen)

AfghanistanNotSafe KölnBonn

pro familia Beratungsstelle Offenbach

AIDS-Hilfe Frankfurt e. V. – AHF

AK ASYL TRIBSEES der ev. Kirchengemeinde

Alzheimer Gesellschaft München e.V.

AMYNA e.V.

AnFangAn e.V.

Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Kronshagen

Arbeitskreis Flüchtlingshilfe Kirchhain

Arbeitskreis Migrationsberatung Stadt
Marburg & Landkreis

ASH-Sprungbrett e.V.

Asylbegleitung Mittelhessen e.V.

Ausbildung statt Abschiebung (AsA) e.V.

awb e.V.

BAFF-Frauen-Kooperation gGmbH

beramí berufliche Integration e.V.

Beratungsstelle der Humanistischen Union e.V.

BIKU Bildung und Kultur gGmbH

Bildungs- und Familienzentrum "Haus
Vielinbusch"

Brückenbauer.Gelnhausen e.V.

Café Zuflucht / Refugio e.V., Aachen

Caritasverband für das Bistum Essen e.V.

CBF Darmstadt e.V.

Coexist e.V.

Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (CAF) e. V.

colorido e. V. Plauen

Colourful Minds Lübeck e.V

Darmstädter Forum für psychoanalytische
Heilpädagogik und Soziale Arbeit e.V.

Der Kinderschutzbund Bezirksverband
Frankfurt/MTK

Der Kinderschutzbund Kreisverband
Ostholstein e.V.

Deutsch-Ukrainischer Verein in Schleswig-
Holstein "Rozmova" e.V.

Diakonisches Werk Bonn und Region -
gemeinnützige GmbH

Diakonisches Werk Region Kassel

DiKOM Dialog und Kommunikation e.V. (Ffm
a.M.)

Diözesanrat der Katholik*innen im Bistum
Aachen

Duha e. V. - Verein für soziale Dienste

EKHN-Flüchtlingsarbeit Nord

Entwicklungspolitisches Informationszentrum
(EPIZ) Göttingen

ESTAruppin e.V.

Evangelisches Dekanat Gießen

Fachstelle für interkulturelle Bildung und
Beratung - FiBB e.V.

Familienhaus Magdeburg gGmbH

APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

FATRA e. V., Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil	Institut für angewandte Kulturforschung e.V.
Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf e.V.	Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V.
Flüchtlingshilfe Dithmarschen	Janusc Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.
Flüchtlingshilfe Flensburg e.V.	Jobclub VS e.V.
Flüchtlingshilfe Gladenbach, Organisationsteam	Jugendhilfeausschuss Frankfurt am Main
Flüchtlingshilfe Weilrod	Jugendhof Bessunger Forst e.V.
Flüchtlingshilfefonds e.V.	JUNO - eine Stimme für geflüchtete Frauen
Flüchtlingslotsen im Amt Hürup	KJHZ Fürth gGmbH
Förderverein Gemeinsames Wohnen Jung und Alt e.V. Darmstadt	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Förderverein Planerladen e.V.	Kontakt Eberswalde e.V.
Förderverein Roma e. V.	KUBI Kultur und Bildung gGmbH
Frauenhaus Bergstraße e. V.	kulturgrenzenlos e.V.
Frauennotruf München	Kulturhorizonte e.V.
FrauenTherapieZentrum - FTZ München	Kulturzentrum Schlachthof Kassel
Frauenzentrum Rüsselsheim e.V.	La Tucumanía Boliviana
Freiwillig in Kassel e.V.	Lebenshilfe Herne "Selbstbestimmt Wohnen" gGmbH
Freiwilligenzentrum Darmstadt / Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe	Lernimpuls Witten e.V.
Fremde brauchen Freunde e.V.	Lernmobil Viernheim e.V.
Freundeskreis Asyl Schwäbisch Hall	linksjugend Dresden
Gemeinwohlwohnen e.V.	LutherLAB e.V.
Gesellschaftspolitische Projekte e.V.	Meine Bildung und Ich e.V.
Grümel gGmbH	Migrantinnenverein Frankfurt e.V.
Haus der Generationen Stolzenau e.V.	Mosaik Leipzig - Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V.
Horizont e.V. Dieburg	Multikulturelles Zentrum Trier
IBIS e.V.	Nachbarschaftshilfe Sauerlach e.V.
IKJG e.V., Marburg	Netzwerk Neue Nachbarn Werder
IMMA e.V.	Niehler Elternverein e.V.
InFö e.V.	Nürnberger Menschenrechtszentrum
Initiative "Neue Nachbarn Rudolstadt"	Omas gegen Rechts Eutin, Plön und Umgebung
Initiative „200 nach Marburg“	OMAS gegen Rechts im Kreis Herzogtum Lauenburg
Initiative für Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit e.V.	OMAS GEGEN RECHTS Lübeck
Initiative Zukunft Bockenheim e.V.	OMAS GEGEN RECHTS Schwerin
Innosozial gGmbH	

APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 293 ORGANISATIONEN

OMAS GEGEN RECHTS.DRESDEN	Verein für Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen e. V.
OMAS GEGEN RECHTS/ Hamburg	
PaSo gGmbH	Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. (VAKS e.V.)
Planerladen gGmbH	Weiterbildungsinstitut Ruhr
Pro Familia Dietzenbach	Werk-statt-Schule Norteim e.V.
Pro Regio gGmbH	wif e.V. - Begegnung & Beratung
Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Lahn-Dill e.V., c/o Sophienstrasse 7,35576 Wetzlar	Wüstenblumen Teilhabe für Zugewanderte im Kreis Rendsburg -Eckernförde e.V.
Psychosoziale Frauenberatung donna klara e.V.	ZAK Zusammen aktiv in Neuperlach Verein für Gemeinwesenarbeit
Psychosoziale Hilfen Bochum e.V.	ZBBS e.V.
QuarterM gGmbH	Ziuma e.V.
Refugee Law Clinic Osnabrück e.V.	
Regionale Dienstleistungen Wetterau	
Rom e.V. - Roma-Selbstorganisation für Teilhabe, Bildung und Kultur	
Runder Tisch "Viele Kulturen - eine Zukunft" Main-Taunus	
Runder Tisch Asyl und Migration Potsdam-Mittelmark	
SC Aleviten Paderborn e.V.	
Seebrücke Marburg	
Seebrücke Osnabrück	
Somalische Gemeinschaft Marburg-Biedenkopf	
Soziales Zentrum Dortmund e.V.	
Soziokultur Sangerhausen e.V.	
Spiegelbild - politische Bildung aus Wiesbaden e.V.	
Sprungtuch e.V. - Verein für sozialpädagogische Projekte Lübeck	
SPV gemeindepsychiatrische Angebote gGmbH	
Therapie Sofort München gGmbH	
Traumapädagogische Initiative Flensburg e.V	
Turkuaz e.V.	
Verein "Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof e.V."	